

Solidarität mit den Protesten im Sudan! Diktator Omar Al-Bashir muss weg!

Seit dem 19. Dezember 2018 gehen überall im Sudan die Menschen auf die Straße, um gegen das diktatorische Regime von Omar Al-Bashir zu protestieren. Das Regime reagiert mit gnadenloser Härte auf die Proteste. Immer wieder sind Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstrant_innen vorgegangen, die mit den Forderungen nach Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit auf die Straße gehen.

Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, dass bisher rund 60 Menschen getötet und weitaus mehr Menschen verletzt wurden, die für das Ende der Diktatur kämpfen.

Obwohl die Demonstrationen friedlich ablaufen, sind mehr als 1.000 Menschen verhaftet worden, darunter viele Frauen. Sie werden z.T. an unbekanntem Orten festgehalten. Die Gefängnisse sind bereits überfüllt. Die Verhafteten sind psychischer und physischer Folter ausgesetzt. Die Regierung hat als nächste Steigerung der Repression am 22. Februar den Ausnahmezustand über das Land verhängt. Regierungsbeamter wurden durch Militärs ersetzt. Das Regime versucht alle Organisations- und Mobilisierungsmöglichkeiten zu unterbinden, indem sie den Internetzugang sperrt und die sozialen Medien kappt. Das Fotografieren und filmen wurde zur Straftat erklärt. Wenn mehr als drei Menschen auf der Straße zusammenkommen, kann das dazu führen, dass sie verhaftet werden. Oppositionelle werden bis in ihre Häuser verfolgt und dort von Sicherheitskräften zusammengeschlagen.

Anlässlich des 30. Jahrestages seit der Machtübernahme durch Al-Bashir gehen weltweit sudanesischen Oppositionelle auf die Straße und solidarisieren sich mit den protestierenden Menschen im Sudan und fordern mit ihnen: Diktator Al-Bashir und sein Regime müssen verschwinden! Gleichzeitig fordern wir von der Bundesregierung und der EU, die Unterstützung des diktatorischen Regimes von Al-Bashir einzustellen. Gegen Diktator Omar Al-Bashir, liegt ein Haftbefehl der Internationalen Strafgerichtshofs vor. Seit 30 Jahren hält sich der islamistische Diktator mit unterdrückerischen Mitteln an der Macht. Er arbeitet mit islamistischen Organisationen in etlichen anderen Ländern zusammen. Al-Bashir gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof gestellt!

Die Bundesregierung und die EU machen trotzdem mit dem diktatorischen Regime von Al-Bashir Geschäfte. Vor allem geht es darum, dass das Regime der europäischen Abschottungspolitik als Handlanger dient und sich an der Bekämpfung von Flüchtlingen beteiligt. Die sudanesischen Sicherheitskräfte und Geheimdienste - in die mittlerweile auch die Djanjawid, die v.a. in Dafur Genozide an der Bevölkerung begangen haben, eingegliedert wurden - bekommen Geld und Ausrüstung aus der EU, um die Weiterwanderung der aus Ostafrika fliehenden Menschen zu verhindern.

Die Bundesregierung muss sich klar positionieren und die Menschenrechtsverletzungen im Sudan anprangern. Der sog. Khartoum-Prozess, über das dem sudanesischen Regime viel Geld zukommt und das letztlich in den Unterdrückungsapparat fließt, muss beendet werden!

Es versteht sich von selbst, dass Abschiebungen in den Sudan nicht stattfinden dürfen.

Die Bundesregierung und die EU müssen aufhören, das Regime im Sudan, das für Genozide in Dafur, in den Nuba Mountains und in der Blue-Nile-Region verantwortlich ist, zu unterstützen!

Wer das Regime im Sudan unterstützt, macht sich mitschuldig an den Menschenrechtsverbrechen!

Das Regime von Diktator Al-Bashir muss beseitigt werden!

Für Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit!

Keine Abschiebungen in den Sudan!

Kommt zur Kundgebung

am Sa., 6. April, 14.00 Uhr

Ort: Schillerdenkmal (Ecke Schillerstraße/Georgstraße), Hannover

Sudanesische Aktivist_innen in Niedersachsen